

FORDERUNGSPAPIER DES FLÜCHTLINGSRATS

Antwort GRÜNE

Vorbemerkung:

Die Forderungen des Flüchtlingsrats decken sich vollumfänglich mit den Positionen von Bündnis 90/ GRÜNEN und sind alle Teil des Programms (vgl. Kapitel Leitidee: Vielfalt der Kulturen leben). Sie werden seit Jahren von unserer Fraktion mit konkreten parlamentarischen Initiativen unterstützt.

1. Bessere Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle (LAST)

Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozial- und Verfahrensberatung unzulänglich und nicht geeignet ist, alle relevanten Aspekte des Einzelfalls sachgerecht zu erfassen. Wir setzen uns deshalb für eine qualitative Verbesserung durch eine unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung ein.

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass besonders schutzbedürftige Flüchtlingen, wie allein reisende Frauen, Gewaltopfer, Traumatisierte, Angehörige spezifischer Minderheiten eine besondere Unterstützung erhalten. Eine weitere Gruppe, die zahlenmäßig seit Jahren immer größer wird, sind allein reisende Minderjährige. Für diese Kinder und Jugendliche muss sichergestellt werden, dass sie Zugang zu adäquaten Bildungschancen auch dann haben, wenn sie nach der Erstaufnahme von Karlsruhe aus aufs Land verteilt werden. Hierzu haben wir eine parlamentarische Initiative zur Einrichtung von Kompetenzzentren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gestartet; die Stellungnahme der Landesregierung zeigt, dass noch erheblicher politischer Handlungsbedarf besteht (Drs. 14/7032).

2. Bessere soziale Lebensbedingungen durch Abschaffung von Gemeinschaftsunterbringung, Sachleistungsprinzip und Residenzpflicht

Wir werden eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel, dezentrale Unterbringungsformen zu ermöglichen, das Sachleistungsprinzip durch Geldleistungen zu ersetzen, die Regelsätze analog den Festlegungen des Existenzminimums für Hartz IV-Empfänger anzuheben und die Residenzpflicht abzuschaffen (vgl. Programm).

3. Aufhebung des Arbeitsverbots und Förderung der Teilnahme an Deutschkursen

Die Teilnahme von Asylsuchenden und Geduldeten muss staatlich gefördert werden; Schulpflicht und Schulzugang muss auch für Flüchtlingskinder und statuslose Kinder durchgängig sichergestellt werden. (Vgl. dazu auch die parlamentarischen Anträge Drs. 14/1110 und 14/6858).

4. Abschaffung der Kettenduldungen

Wir wollen faire und klare Bleiberechtsregelungen, die mit Bildungs- und Integrationskonzepten zu flankieren sind. Hierzu muss mit den Kirchen und Flüchtlingsverbänden ein bundesweit geltendes Konzept erarbeitet werden.

5. Überarbeitung der europäischen Flüchtlingspolitik

Ziel muss es sein, dass für die Arbeit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention sichergestellt wird und Innerhalb Europas die Dublin II-Verordnung durch ein Aufnahmemodell ersetzt wird, das innereuropäische Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme und einen fairen Zugang zum Asylverfahren garantiert.

6. Abschiebestopp für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Serbien und in die Republik Kosovo

Wir haben einen Abschiebestopp mehrfach gefordert und werden das auch weithin tun (vgl. Drs. 14/2171, 14/5335 und 14/7326). Wir sind überzeugt, dass in Deutschland ein Politikwechsel hin zu Minderheitenschutz ohne Abschiebungen nicht nur möglich, sondern auch erforderlich ist.

7. Abschaffung der Abschiebungshaft

Mit einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes wollen wir für die Abschaffung der Abschiebungshaft eintreten.

Solange noch keine bundesweite Änderung der Rechtsgrundlage für die Anordnung von Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG) erfolgt ist, wollen wir in Baden-Württemberg alle Ermessensspielräume zur Vermeidung von Abschiebungshaft konsequent nutzen und die Haftbedingungen (Besuch- und Kommunikationsmöglichkeiten, Rechtsberatung, Unterbringung) verbessern.